

22.März 2019

## **Fachgespräch Hubertus Zdebel, Bundestagsfraktion DIE LINKE – Gorleben oder anderswo? 22. März 2019, Berlin.**

Edo Günther, BUND Bayern, Vorsitzender Kreisgruppe Schweinfurt, AKW Grafenrheinfeld

Es gilt das gesprochene Wort.

### **Das neue Suchverfahren aus der Perspektive von Bürgerinitiativen an den AKW Standorten**

Danke für die nette Vorstellung und das ich hier Stellung beziehen kann.

Ich bin auch Bundesarbeitskreissprecher Atomenergie und Strahlenschutz im BUND, mein Hauptaugenmerk gilt heute und hier jedoch der Anti Atom Arbeit und der auf sie wirkenden Einflüsse vor Ort.

Grafenrheinfeld ist seit den 80er Jahren Atomstandort und bleibt es auch mindestens bis weit in die 2. Hälfte dieses Jahrhunderts. Auch nach dem Rückbau bleiben über 99 % des radioaktiven Inventars am Standort. Versprochen war das spätestens 2046 der Atommüll weg ist. Auch heute noch ist von den politisch Verantwortlichen oder auch von Betreiber Seite von der Grünen Wiese nach dem Rückbau die Rede – eine Lüge, weil da kein Endlager zur Verfügung stehen wird und Atommüll bleibt. Von Transparenz und Beteiligung bei der Endlagersuche zu reden, aber die Menschen vor Ort im Regen stehen lassen, obwohl die jetzt mit den Laufzeitverlängerungen von Zwischenlagern für HAW Abfälle und neu auch mit den Bereitstellungshallen für Schwach und Mittelradioaktives Material zu tun haben, mit Mauer Bauten, mit Reststoffbehandlungszentren usw. ist wenig überzeugend. Und fast alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit ! Wenn es irgendwo kneift erfindet man einfach neue Bezeichnungen, definiert etwas anders oder lässt das Recht außer Acht, Brunsbüttel, Jülich, Garching, Rückführung der Castoren aus der WAA um nur einige Problemfelder zu benennen.

Ich habe keine Präsentation, keine Vorlage für sie, es gilt das gesprochene Wort und da muss man heute in dieser Zeit ja schon aufpassen was man sagt, sonst läuft man Gefahr von einer dieser neuen Behörden auf Unterlassung verklagt zu werden.

Ich habe keine neue Studie, keine neuen empirischen Daten, keine neuen repräsentativen Befragungsergebnisse. Sondern ich berichte über meine Erfahrungen. Was wir brauchen sind endlich mehr überzeugte Beteiligungs- und Dialog – Täter\*innen.

Wie sie im Laufe des Vortrages oder auch schon jetzt merken, kann ich mich nicht ausschließlich auf der Sachebene bewegen. Emotionen spielen eine große Rolle, wenn man sich ehrenamtlich im Umwelt-, Natur- und damit Klimaschutz engagiert.

Meine Erfahrungen sagen mir: Bei allem Gerede von Öffentlicher Beteiligung, Dialogverfahren, Mitgestaltung – wenn es darauf ankommt gilt.

Hier ist ein vorgegebenes Ziel, da will ich hin und wie mach ich das am Besten um mir ein bisschen ein Deckmäntelchen von „Beteiligung“ zu geben. Der Prozess ist von oben organisiert. Die Entwicklung gemeinsamer Lösungen ist nicht das Ziel.

Alle fordern immer wieder Vertrauen, tun aber viel zu wenig dafür, dass tatsächlich Vertrauen entsteht.

Ich glaube, dass die meisten handelnden Personen ob auf der politischen Bühne, bei den Behörden, ob in Berlin, in München oder den anderen Bundesländern, selbst in den Landratsämtern, in den Kommunen, nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Warum auch ? Es läuft ja, der Protest hält sich in Grenzen.

Es ist kein umfassender Überblick über meine Erfahrungen, kann es auch gar nicht sein, bei max. 15 Minuten Redezeit, beinhaltet aber auch ein, zwei Beispiele aus anderen Fachgebieten, die aber der Erläuterung meiner schlechten Erfahrungen und damit meines Ärgers dienen.

Meinen Auftritt hier möchte ich auch dazu nutzen, um auf eine Forderung hin zu weisen, die von mir, aber auch von Anderen immer wieder geäußert wurde. Von allen Seiten hört man, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement von Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft für unsere Demokratie, für unser Zusammenwirken ist.

Dafür bedarf es der Gleichheit der Mittel.

Gerade aber in einem Prozeß, einem Verfahren wie der Endlagersuche und allen damit zusammen hängenden Problem- und Fragestellungen ist die Möglichkeit nicht gegeben. Will man das so?

Ich habe Herrn König schon mehrmals bei Veranstaltungen darauf angesprochen. Jemand der an Veranstaltungen des BfE oder der anderen Player des neuen Verfahrens teilnehmen will, muss im Regelfall Urlaub nehmen, Reisekosten selbst tragen, ggf. fallen Übernachtungskosten an. So erklärt es sich dann z. B., dass bei der Statuskonferenz im November letzten Jahres in Berlin ein wirklich kleines Häufchen von Engagierten Bürgern einer überwältigenden Mehrheit von Teilnehmern gegenüber saß, die von Amts wegen, von Berufs wegen mit der Suche zu tun haben.

Bisher habe ich / haben wir keine Antwort erhalten.

Was meine ich nun mit von oben organisiert? Als erstes Beispiel: Das von der Bayerischen Staatsregierung organisierte Dialogverfahren zur Zukunft des Steigerwaldes. Es sollte ein Ergebnis offenes Verfahren sein. Es gab gute Ansätze, bis zum ersten runden Tisch und dessen Ergebnissen. Das Ein oder Andere passte der Staatsregierung nicht. Daraus folgte, dass für den 2. runden Tisch 3 von den sieben zur Prüfung vorgeschlagenen Alternativen gestrichen wurden. Darüber wurde nicht weiter diskutiert – es war so entschieden.

Ein zweites: Dialogverfahren zu den HGÜ Leitungen, Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung. Die Region um Schweinfurt herum ist belastet. Atomstandort, Groß-Industriestandort, Verkehrsknotenpunkt. So befinden sich z.B. in Bergrheinfeld, einem Ort neben Grafenrheinfeld 170 Strommasten.

Den Verantwortlichen, Politiker, Bundesnetzagentur, Tennet und andere war von vornherein klar, dass man die durch das AKW vorhandene Infrastruktur als Knotenpunkt für die Europäisierung des Strommarktes braucht. Eine strategische Umweltprüfung fand nicht statt, immer wieder wurde erklärt, für die Energiewende brauchen wir die HGÜ Leitungen, es gab runde Tische, Fachgespräche etc. Erst nach diversen Terminen und Verfahrensschritten äußerte ein Tennet-Verantwortlicher bei solch einem runden Tisch: Selbst wenn für die Energiewende die HGÜ Leitung nicht gebraucht würde, käme sie wegen der Europäisierung des Strommarktes trotzdem.

Die Erdverkabelung wurde dann noch als politischer Erfolg verkauft.

Als drittes: Rückbauverfahren des AKW Grafenrheinfeld. Hier greife ich einen Punkt unter vielen heraus. Unter aktiver Mithilfe der lokalen BI s und Verbände hat der Kreistag des Landkreises Schweinfurt eine Resolution verfasst und eine umfassende ÖB zum Stilllegungsverfahren und zu den Ausführungsphasen Stilllegung und Abbau gefordert. Die Landkreiszürger\*innen sollen durch die Betreiber- und Behördenseite aktiv und regelmäßig über Sicherheits- und Umweltfragen ...informiert werden und vor Ort ein Forum zum regelmäßigen Informationsaustausch erhalten.

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt vermerkte damals: Das derzeit vom StMUV bearbeitete Genehmigungsverfahren... ist in der atomrechtlichen Verfahrensordnung geregelt. Danach ist vorgesehen.. Sicherheitsbericht, Umweltverträglichkeitsunterlage...Einwendungen... Erörterung... Genehmigungsbescheid ... weitergehende Maßnahmen zur Kommunikation werden nicht für erforderlich gehalten. Bis heute findet am Standort kein öffentlicher Dialog zum Rückbau statt – ein unhaltbarer Zustand.

BGZ im Dialog - Ich zitiere aus dem Grafenrheinfelder Gemeindeblatt: „Neben dem sicheren und zuverlässigen Betrieb der Zwischenlager steht für uns der Dialog auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort an erster Stelle“. Der „Dialog“ fand in Grafenrheinfeld innerhalb einer interkommunalen Gemeinderatssitzung der Mainbogen Allianz statt, ohne Rederecht der „Öffentlichkeit“.

Hier gab es z. B. Äußerungen von Herrn Rosen, zum Thema Heiße Zellen: An keinem ZL Standort wird es eine Heiße Zelle geben oder zum Thema Sicherheit der Castoren, er war früher bei der GNS beschäftigt, die produzieren die Castoren und er ist stolz auf die deutsche Ingenieursleistung, hier kann man auf 30 Jahre Erfahrung blicken. Ein Dialog zur Schaffung von Vertrauen sieht in meinen Augen anders aus.

Eine Zwischen-Bemerkung: Ich sehe, wie viele andere auch, einen direkten Zusammenhang zwischen der Zwischenlagerung und der Endlagerung. Solange wir keine ordnungsgemäße und möglichst sichere Endlagerstätte haben, haben wir Zwischenlagerungen vor Ort. Da die Zwischenlager Realität sind und uns alle mit der oberirdischen Lagerung von Atommüll im Zusammenhang stehenden Fragen jetzt und unverzüglich beschäftigen sollten, brauchen wir Institutionen, die sich dieser Fragen annehmen – möglichst unabhängig von politischen und behördlichen Einflüssen – das NBG ist so eine Institution. Und zwar nicht nur der Lagerung von Hochradioaktivem Müll, sondern auch von Schwach und Mittelradioaktivem.

Aber genauso wie bei den Rückbauverfahren eigentlich ganz deutlich ist, dass Alles mit Allem im Zusammenhang steht, wird Alles separiert und es gibt keine Gesamtbeurteilung.

Aber es gibt doch jetzt das Forum Zwischenlagerung? Als was ist das Forum Zwischenlagerung zu verstehen? „Ziel der Foren ist es, gemeinsam Fragen zu identifizieren, die für die Sicherheit bis zur Endlagerung zu stellen und zu beantworten sind“.

„Dabei sucht das BfE nicht nur den Dialog (da haben wir wieder dieses tolle Wort) mit den Betreibern der Zwischenlager und Sachverständigen, sondern gezielt auch mit der Öffentlichkeit“

Nun die Realität: Unter dem Begriff „Dokumentation“ findet man auf der Homepage des BfE folgende Ausführungen: Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen sowie die gehaltenen Fachvorträge wird das BfE auf der Homepage veröffentlichen. Ziel war es, aus den Diskussionen Konsense und auch Meinungsverschiedenheiten und offene Fragen fest zu halten und zu dokumentieren. Die Kritik an der Dokumentation zur vergangenen Veranstaltung der Forumsreihe nahm das BfE auf und sicherte zu, fehlende Fragen zu ergänzen.

Die Foren waren im Juni und November 2018. schauen sie mal auf die aktuelle Homepage.

Wenn ich dann noch Äußerungen von Dr. Ewald Seeba, dem GF der BGZ zur Kenntnis nehme: „Die Sicherheitskonzepte für die Zwischenlager sind diskutiert. Die Zwischenlager sind da und in Betrieb. Da sehe ich keine Notwendigkeit für ein Begleitgremium“ finde ich meine Bedenken zum Vertrauen in das Handeln der für die Entsorgung des Atommülls in Deutschland Verantwortlichen bestätigt.

Lassen sie mich zum Schluß noch darauf eingehen, wie ich mich gefühlt habe, als ich davon hörte, dass man seitens des BfE jetzt Zielgruppen bildet, die man Zielgruppen gerecht zusammen fasst und in Sinne des BfE zielorientiert steuert, äh mit Informationen versorgt. Daraus schließe ich, dass wir, die Zivilgesellschaft, die kritische Öffentlichkeit gefälligst bis zu dem Zeitpunkt Ruhe geben sollen, bis die BGE endlich die Teilgebiete festlegt.

Hierzu ergänzend aus einem Interview, das Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch im Zusammenhang mit der Veranstaltung in Ulm gegeben hat. „Es gab viele fachliche Anregungen, das ist weniger Thema das in der Öffentlichkeit intensiver diskutiert wird. Da gab's wirklich fachliche Fragen. Deshalb haben wir unsere Fachfrau hingeschickt, weil es ging um geologische Fragen, sehr spezifische Themen“

Daraus müssen wir schließen, dass die Fachleute die Diskussion führen, Entscheidungen treffen und wir, bzw. die Öffentlichkeit das Ergebnis vorgesetzt bekommen. Ich empfinde das als absoluten Mangel an Wertschätzung der kritischen Öffentlichkeit gegenüber.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit